

DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE !
(Karl Liebknecht)

DER SPARTAKIST

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

März 1947

Nr. 17

Preis S 1.-

ARMEE UND ARBEITERKLASSE

Der zur Beratung stehende imperialistische Staatsvertrag sieht für Österreich die Schaffung einer Armee von 50.000 bis 55.000 Mann einschließlich der Gendarmerie und Grenzschutzkräfte vor. Von welcher Bedeutung dieser Punkt für die österreichische Bourgeoisie ist, liegt auf der Hand. In der internationalen Arena erhöht er ihren Wert als Bündnispartner. Vergessen wir nicht, daß Österreich die militärisch-strategische Drehscheibe Mitteleuropas ist und daß während des Krieges der deutsche Imperialismus 800.000

mit dem "Volkssturm" wahrscheinlich 1,200.000 Mann aus ihm herausgeholt hat. Für die Arbeiterklasse besitzt diese Vertragsklausel über die Tatsache hinaus, daß sie wieder die Voraussetzungen zum Drill des künftigen Kanonenfutters schafft, jedoch noch eine andere, wesentlichere, aktuellere Bedeutung.

INHALT DIESER NUMMER:

Armee und Arbeiterklasse

Zur "Linken" in der Sozialistischen Partei

Verschärfung der sozialen Widersprüche in der Sowjetunion

L. Trotzki: Die Gewerkschaften in der Epoche der imperialistischen Entartung (Schluß)

Zum Kollektivvertragsgesetz

Streiflichter

Erfahrungen der Vergangenheit

Das österreichische Proletariat hat gerade in der Heeresfrage schwere und bittere Erfahrungen gemacht. Rufen wir sie uns kurz in Erinnerung.

1918/19 wurde unter dem sozialdemokratischen Unterstaatssekretär für Heereswesen Julius D e u t s c h (die bürgerlichen Staatssekretäre traten hinter den sozialdemokratischen Unterstaatssekretär, wie Otto B a u e r feststellt, weit zurück) die

Volkswehr aufgestellt. Bereits ihre ersten Aktionen dienten der Entwaffnung der durch den imperialistischen Krieg bewaffneten Massen. Die von den zusammengebrochenen Fronten rückströmenden Soldaten wurden auf den österreichischen Bahnhöfen von Volkswehrabteilungen entwaffnet, um, nach Bauer, "die Haufen bewaffneter Proletarier zu verhindern, der nach vier Kriegsjahren so großen Versuchung zum Mißbrauch der Waffen zu erliegen", d.h. mit den Schuldigen abzurechnen. Die den Soldaten abgenommenen Waffen wurden zusammen mit solchen aus k.u.k. Armeemagazinen dem Zugriff der Entente entzogen auf Grund geheimer Abmachungen zwischen sozialdemokratischer, christlichsozialer und großdeutscher Partei in Verstecken aufbewahrt, die von einer paritätischen Parteienkommission angelegt wurden. Im Jahre 1927 beschlagnahmte sie die Regierung Seipel unter dem Vorwand, sie wären geheime Waffenlager nur der SP gewesen, und rüstete mit ihnen die Heimwehr auf.

Trotz ihres Charakters als Söldnertruppe war aber die Volkswehr stark revolutionär durchsetzt, vereinigte von allem Anfang an in sich widerstrebende Elemente, Elemente der Doppelherrschaft. Die Offiziere mußten die Kommandogewalt mit den Soldatenräten teilen, waren der Kontrolle durch sie unterworfen. Dieser Zustand konnte selbstverständlich kein dauernder sein; der revolutionären Situation der Jahre 1918/19 entsprungen, entsprach sein Übergangscharakter dem Regime der Doppelherrschaft, das neben dem bürgerlichen Parlament den Arbeiterrat, neben der Schoberpolizei eine in die Volkswehr eingeordnete Rote Garde aufwies. Unter Führung der SP ging es rasch bergab. Zuerst wurde die Rote Garde aufgelöst. Die Ersetzung der alten monarchistischen Offiziere durch aus der Mannschaft kommende wurde von der SP echt "demokratisch" durchgeführt: Ein Drittel Christlichsoziale, ein Drittel Großdeutsche, ein Drittel möglichst harmlose, der reformistischen Parteibürokratie ergebene Sozialdemokraten.

Mit der Umwandlung der Volkswehr in das Bundesheer, einem Söldnerheer mit sechsjähriger Dienstzeit (die auf Grund des noch von der Koalitionsregierung Renner geschaffenen Wehrgesetzes vollzogen wurde) wurde auch der Soldatenrat als Organ der Doppelherrschaft liquidiert; die Funktion der Soldatenräte war fortan nicht mehr die der Kontrolle der Kommandogewalt, sondern höchstens die der Mengerkontrolle. Die noch verbliebenen proletarischen Elemente im Mannschaftsstand wurden in der Ära Vaugoin, soweit sie sich nicht den neuen Machtverhältnissen unterwarfen, nach und nach aus dem Heer verdrängt; bei Neueinstellungen vor allem kleinbürgerliche und bäuerliche "zuverlässige" Elemente berücksichtigt; der Offiziersstand aus aristokratisch-reaktionären Offizieren der alten Habsburgerarmee wie aus bürgerlichen Elementen ergänzt. Und diese Armee sollte nach Otto Bauer "die Republik und die demokratischen Errungenschaften verteidigen und darüber hinaus das Proletariat vor gewaltsamer Niederwerfung durch eine bewaffnete Konterrevolution schützen!"

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 zeigten, daß das Bundesheer gegen die Arbeiterklasse noch nicht voll einsatzfähig war. Die Wiener Garnison wollte auf die Straße, nicht um die bedrohte "Ordnung" zu retten, sondern um dem Proletariat zu helfen; die Soldaten mußten in den Kasernen eingesperrt werden. Indes wäre es den Offizieren kaum gelungen, die Mannschaft zurückzuhalten, wenn nicht die tödlich erschrockene SP Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hätte, sie zu beruhigen. Parteivorstandsmitglieder mußten in den Kasernen den "Leutl'n" zureden, "gescheit" zu sein und die Waffenkammern nicht aufzusprengen.

Die durch den sozialdemokratischen Verrat verursachte Niederlage vom 15. Juli hatte ihre tiefe Wirkung auf das Heer; die pro-

letarischen Elemente in ihm wurden vollends mutlos, noch mehr eingeschüchtert, den verschärften Terrormaßnahmen des Heeresministers **V a u g o i n** restlos ausgeliefert.

Im Jahre 1933 ist das Bundesheer so fest in den Händen der Bourgeoisie, daß **D o l l f u s**, auf es gestützt, den bonapartistischen Staatsstreich im März 1933 wagen und im Februar 1934 die Arbeiterklasse im offenen Kampfe niederwerfen kann. Es wird 1936 durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht erweitert und schließlich nach der Annexion Österreichs durch den deutschen Imperialismus als Ganzes in die deutsche Wehrmacht eingegliedert. Nur einige durch das bonapartistische Regime besonders belastete höhere Offiziere wurden verhaftet oder verabschiedet.

Das ist kurz der Werdegang des "demokratisch-republikanischen Heeres" der ersten Republik. Soll es wieder so kommen ?

Wiederaufstellung des Heeres und "Arbeiter"parteien

Die für die österreichische Bourgeoisie derzeit wichtigste Forderung (die sie nicht immer laut ausspricht) ist die nach einer festen Sicherung ihrer noch labilen Staatsmacht. Ein Heer, das fest der Kommandogewalt kapitalistischer Offiziere unterworfen ist, wird ihr diese Sicherung geben.

Die Sozialdemokratie kann den erbärmlichen "Ruhm" für sich in Anspruch nehmen, die Forderung nach Schaffung einer "Wehrmacht" nicht nur durch die lügnerische Argumentation von der "Notwendigkeit der Sicherung des demokratischen Staatswesens gegen die Gefahr innerer und äußerer Bedrohung" unterstützt, sondern auch als erste durch ihre Repräsentanten **R e n n e r**, **S c h ä r f** und **H e l m e r** öffentlich erhoben zu haben. Sie hat damit der Bourgeoisie, die in allen außenpolitischen Fragen noch immer sehr vorsichtig vorgeht, keinen geringen Dienst geleistet.

Die Stalinpartei hat zur Heeresfrage längere Zeit überhaupt geschwiegen. Erst auf ihrer Wiener Konferenz in der letzten Februarwoche gab Ernst **F i s c h e r** ihren Standpunkt bekannt; er verlangte eine "demokratische Volksmiliz". Er sprach jedoch kein Wort darüber, wie eine solche aussehen, wie ihr demokratischer Charakter gesichert werden solle.

Der bestimmende Faktor für die Haltung der Stalinpartei sind die parasitären Interessen der entarteten Sowjetbürokratie. Ihre einzige Sorge ist, zu verhindern, daß ein österreichisches Heer gegen die SU verwendet werde. Sie handelt dabei auf der Grundlinie des Bündnisses mit der Bourgeoisie. Sie wird darum die proletarischen Interessen in der Heeresfrage bedenkenlos preisgeben, doch gerade dadurch das, was sie erreichen will, umso sicherer verfehlen.

Armee und Staat

Wie müssen wir uns zur Wiedererrichtung einer österreichischen Armee stellen ? Diese Frage ist eine sehr wichtige Teilfrage des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Bourgeoisie und ihrem Staat; sie kann nur im Gesamtrahmen des proletarischen Klassenkampfes betrachtet werden.

Der Marxismus definiert den Staat als eine Organisation zum Zwecke der Unterdrückung einer Klasse durch eine andere Klasse, bestehend aus "Abteilungen bewaffneter Menschen plus sachlichen Anhängseln". Die historisch älteste und zugleich wichtigste Abteilung, die massivste Waffe im Kampf der herrschenden Klasse um

die Erhaltung ihrer Klassenmacht ist die Armee. Ihr Aufbau ist auf das innigste mit dem der Polizei und Gendarmerie verknüpft; zusammen mit diesen bildet sie die wahre Grundlage der Macht. Die Geschichte der Revolutionen lehrt, daß jede Schwächung der Armee eine Schwächung der Macht der herrschenden Klasse, daß die Desorganisation, die Auflösung der Armee, wie sie verlorene Kriege mit sich bringen, Desorganisation des Staatsapparates sind, der revolutionären Klasse den Kampf ungeheuer erleichtern. Die Stellung des Proletariats zur bürgerlichen Armee ist durch seine Stellung zum kapitalistischen Staat gegeben; es steht ihr in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber.

Die Bourgeoisie und ihre Agenten sind ständig bemüht, den Klassencharakter der Armee zu verschleiern, ihn durch alle mögliche Propaganda zu übertünchen, ja sie mit dem Hinweis, daß die meisten Soldaten den unterdrückten Klassen entstammen, als das "bewaffnete Volk" hinzustellen.

Die Bourgeoisie "bewaffnet" nicht freiwillig das "Volk"; wenn sie könnte, würde sie ihren Machtapparat, um ihn zu einem absolut sicheren Herrschaftsinstrument zu machen, nur aus Angehörigen ihrer eigenen Klasse aufbauen. Allein dazu ist sie zahlenmäßig zu schwach; sie muß darum die "Volks"bewaffnung so durchführen, daß die damit für sie verbundenen Gefahren auf das geringste Maß reduziert werden. Sie wird ein Söldnerheer, daß sich aus Angehörigen ihr verwandter Klassen wie der rückständigsten Schichten der Arbeiterklasse rekrutieren läßt, einem Massenheer vorziehen, in jedem Fall aber den Kommandoapparat mit ihr absolut zuverlässigen Elementen besetzen. Der klassenmäßige Aufbau der Armee mach sowohl aus dem Söldnerheer wie aus der auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebauten Armee ein zuverlässiges Machtinstrument der Bourgeoisie. Wir sind darum Gegner jeder bürgerlichen Armee.

Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Deshalb: "Keinen Mann und keinen Groschen!" nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz auch in solchen Ländern wie die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Norwegen usw., umso mehr, als wir selbst in den freiesten republikanischen Staaten (z.B. in der Schweiz) die fortschreitende Verleugung der Miliz, besonders seit 1907 und 1911, sehen. Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch die Mannschaften, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen (besonders wichtig für imperialistische Länder, die fremde Arbeiter in steigender Zahl, wie z.B. die Schweiz, schamlos ausbeuten und rechtlos machen), weiter das Recht jeder, sagen wir hundert Einwohner des Staates, freie Vereinigungen zur Erlernung des Kriegshandwerks zu bilden, freie Wahl der Instruktionen, Entschädigung derselben auf Staatskosten usw. Nur so könnte das Proletariat alles Militärische wirklich für sich und nicht für seine Sklavenhalter erlernen, was absolut in seinem Interesse liegt. Und jeder Erfolg, sei es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung - z.B. Eroberung einer Stadt, eines Industrieortes, eines Teiles der Armee - wird naturgemäß, das hat auch die russische Revolution bewiesen, dazu führen, daß das siegreiche Proletariat eben dieses Programm zu verwirklichen gezwungen sein wird.

(W.I.Lenin)

Gegen das bürgerliche Heer !

Wir sind gegen ein Söldnerheer, das der Bourgeoisie eine Auslese der zu Bewaffnenden gestattet ! Wir sind gegen ein, wenn auch auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebautes stehendes Heer, das die Soldaten ihrer Familie, ihrer täglichen Umgebung und damit ihrer Klasse entfremdet, sie dem Einfluß der bürgerlichen Offiziere, der Marter des Drills, der Stupidität des Kasernenlebens unterwirft!

Im Gegensatz zum Söldnerheer ist die Miliz auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut. Im Gegensatz zum jahrelangen Kasernen-drill des stehenden Heeres bietet sie die Möglichkeit einer kurzfristigen militärischen Ausbildung, verbunden mit oftmaligen Waffenübungen. Es wäre jedoch ein Aberglaube, zu vermeinen, daß die Milizform allein schon genüge, um die aus dem bürgerlichen Charakter einer Armee der Arbeiterklasse erwachsenden Gefahren zu verringern oder vielleicht gar zu bannen. Gerade das versucht die SP, indem sie durch den Mund von Julius D e u t s c h verkünden läßt, "das Österreichs Heer einen milizartigen Charakter tragen wird", den Arbeitern einzureden. Der Betrug des gewiegten bürokratischen Verräters besteht darin, daß er folgenden wichtigen Fragen ausweicht:

Wer stellt die Miliz auf ?

In welchen Händen liegt die Kommandogewalt ?

Welche Kräfte bilden ihren Offiziers- und Unteroffizierskader?

Unterliegt diese Miliz der demokratischen Kontrolle der Massenorganisationen der Werktätigen oder nur der Scheinkontrolle des Parlaments ?

Die Beantwortung dieser Fragen würde den Arbeitern den bürgerlichen Charakter der von der SP propagierten Miliz erkennen lassen. Indes ~~ist nicht nur~~ das heutige stehende Heer, sondern auch die heutige Miliz, die schweizerische nicht ausgenommen, Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat" (Lenin).

Wir sind Gegner jeder bürgerlichen Armee. In Österreich (wie in Deutschland) verfügt die Bourgeoisie infolge des verlorenen Krieges gegenwärtig über keine solche. Der Forderung nach ihrer Neuaufstellung setzen wir unsere Losungen entgegen:

Für die bürgerliche Armee keinen Mann und keinen Groschen !

Kein Aufrüstungsprogramm, sondern ein Programm gemeinsamer nützlicher Arbeiten !

Es wäre jedoch ein schwerer Fehler, wollten wir es bei diesen in Bezug auf den kapitalistischen Militarismus rein negativen Losungen bewenden lassen. Und es wäre außerdem töricht, anzunehmen, daß durch sie allein die Kapitalisten gehindert werden könnten, sich wieder eine Armee aufzubauen.

Im Imperialismus braucht jede Bourgeoisie eine Armee als Instrument der kriegerischen Austragung des kapitalistischen Konkurrenzkampfes. Es kann ihr zeitweilig aus der Hand geschlagen werden; sie wird jedoch niemals darauf verzichten, sich wieder ein solches zu schaffen und jede Gelegenheit dazu auszunützen.

Sich ernsthaft dem Aufbau der Armee widersetzen bedeutet praktisch, die Frage der Entwaffnung der Bourgeoisie aufzurollen, die einfach eine Machtfrage ist und als realistisches Programm nur in Verbindung mit dem revolutionären Programm, als unmittelbares Aktionsprogramm nur in Verbindung mit dem bewaffneten Aufstand gelöst werden kann. Als Programm der Entwaffnung der Bourgeoisie ohne deren Sturz ist es eine Illusion, läuft auf einen imperialistischen "Staat ohne Armee" hinaus und ist auf die gleiche Stufe wie der Abrüstungsschwindel zu stellen.

Proletariat und Wehrpflicht

Unsere grundsätzliche Einstellung zur bürgerlichen Armee ändert also nichts an der Tatsache, daß die Bourgeoisie, solange sie herrschende Klasse ist, ihre Armee haben und die Arbeiter zwingen wird, in ihr zu dienen. Die anarchistische und pazifistische Taktik der Militärdienstverweigerung vermag an dem so wenig zu ändern, wie alle grundsätzliche Ablehnung des Kapitalismus die Arbeiter nicht zu hindern vermag, in den kapitalistischen Fabriken zu arbeiten, solange die Fabriken nicht ihren kapitalistischen Besitzern entrissen und als Vorbedingung hiezu diese nicht als herrschende Klasse gestürzt sind. Wie müssen wir uns zum Dienst in der bürgerlichen Armee stellen ?

Die ganze Aufgabe läuft auf zweierlei hinaus. Einmal darauf, die Möglichkeiten, die der Militärdienst den Arbeitern bietet, für die revolutionäre Sache auszunützen. Sie müssen sich im Gebrauch der Waffen schulen, sich taktische Kenntnisse aneignen, nach Möglichkeit Waffen und Munition beiseiteschaffen usw. "Eine unterdrückte Klasse" sagt L e n i n , "die nicht danach strebt, die Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden". - Zum anderen besteht die Aufgabe darin, den Soldaten die größtmöglichen demokratischen

.....man wird dir das Gewehr geben. Nimm es und erlerne gut alles Militärische - das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Räuberkrige geschieht und wie dir die Verräter am Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines "eigenen" Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch das Besiegen der Bourgeoisie und deren Entwaffnung ein Ende zu bereiten.

(W.I.Lenin)

Rechte und Freiheiten zu sichern, Rechte und Freiheiten, die die kapitalistische Disziplin lockern, den Einfluß der bürgerlichen Offiziere auf die Soldaten auf ein Minimum reduzieren, die revolutionäre Liquidierung der kapitalistischen Armee vorbereiten und erleichtern.

Verbindung des Kampfes gegen den bürgerlichen Militarismus mit dem praktischen Klassenkampf !
Für die proletarische Miliz !

Ein Programm, daß den Massen sowohl gestattet, sich im Gebrauch der modernen Waffentechnik zu schulen als auch das Heer in immer steigendere Kontrolle und Abhängigkeit von den Massen zu bringen, ist nur möglich in Verbindung mit dem Gesamtkampf der Arbeiterklasse. Ein solches Programm muß, ausgehend von den demokratischen Rechten der Werktätigen, insbesondere auf folgende Ziellosungen hingerichtet sein:

Militärische Erziehung und Bewaffnung der Arbeiter und Bauern unter unmittelbarer Kontrolle von Arbeiter- und Bauernkomitees!

Schaffung von Militärschulen zur Ausbildung von Befehlshabern aus den Kreisen der Werktätigen und nach Wahl der Arbeiterorganisationen !

ZUR "LINKEN" IN DER SOZIALISTISCHEN PARTEI

Kann die gegenwärtige "Linke" in der SPÖ zu einer revolutionären Linken werden? Ihr jämmerliches Versagen auf dem Parteitag, ihre politische Kapitulation vor den Rechten machen es schwer, diese Frage zu bejahen. Ihre Führung besteht zum Großteil aus Elementen, die sich von den Helmer, Schürf & Co. nur dadurch unterscheiden, daß sie noch etwas weiter als diese verfaulten Elemente vorauszublicken imstande sind und die darum nur die Sorge um die Dauerhaftigkeit ihrer bürokratischen Existenz nach links treibt. Ein Teil von ihnen ist durchaus bereit, seine "linke" Position als Sprungbrett für eine bürokratische Karriere zu betrachten. Jener kleine Teil der heutigen "Linken" jedoch, der durch bürokratische Posten oder durch Absichten auf solche sich noch nicht von den Massen getrennt hat, der mit den Arbeitern noch verbunden ist, aus dem vor allem die Stimme der Arbeiterjugend spricht, jener kleine Teil kann der Ansatzpunkt für eine wirkliche, revolutionäre Linke werden. Welchen Weg muß er einschlagen? Es ist in erster Linie notwendig, daß er die "linke" Phrase ablegt und zu den konkreten Fragen der proletarischen Politik eine ganz klare, unzweideutige, unmißverständliche Stellung bezieht. Im Folgenden wollen wir nur eine einzige, die wichtigste Frage aufwerfen.

Koalition ist Preisgabe der Arbeiterinteressen

Auf dem Parteitag konnte Schürf mit Befriedigung feststellen, daß das Prinzip der Teilnahme an der Regierung unbestritten geblieben sei; auch die "Linke" hat für die politische Resolution und damit für die Koalition gestimmt. Doch gerade diese Frage war die wichtigste.

Die grundsätzliche Einstellung zum Klassenfeind der Arbeiter, die aus ihr resultierende Frage der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien bildet den schärfsten Prüfstein der revolutionären Politik. In unserer Epoche des kapitalistischen Niedergangs sind die Interessen des Proletariats denen der Bourgeoisie absolut entgegengesetzt - es gibt keine gemeinsamen Interessen, nicht in einer einzigen Frage, nicht auch nur vorübergehend. Aus der Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen ergibt sich zwangsläufig die einzig mögliche Haltung, die revolutionäre Sozialisten zur Bourgeoisie und ihren Parteien einnehmen können: die Linie des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie, die Ablehnung jeder Koalition, jeder Zusammenarbeit mit kapitalistischen Parteien, unter welchen Namen diese immer segeln mögen, unter welcher Motivierung immer das geschieht.

Zu dieser Frage muß die "Linke" Stellung nehmen: ob sie für oder gegen die Koalition ist; und beim Letzteren, ob ihre Ablehnung der Koalition grundsätzlichen oder rein taktischen Erwägungen entspringt!

Die Opportunisten aller Schattierungen lieben es, die Ablehnung der Koalition als etwas Negatives hinzustellen, als Politik der unfruchtbaren parlamentarischen Opposition, die, radikal in Worten, den bürgerlichen Parteien in der Tat die ganze Macht in die Hände spiele. Der "Abstinenzpolitik" stellen sie die "positive" Linie der "Mitbeteiligung an der Macht" gegenüber. Man dürfe der ÖVP nicht den ganzen Staatsapparat ausliefern; durch die Beteiligung an der Regierung solle ein bedeutender Teil desselben der Verfügung der Bourgeoisie entrissen, dem Einfluß, der Kontrolle der Arbeiterklasse unterstellt werden. Zur weiteren Begründung ihrer Politik versucht die SP hierbei, die Stimmungen der Arbeiter auszu-

nützen, die von einem tiefen Mißtrauen gegen die ÖVP erfüllt sind. Dieses Mißtrauen ist berechtigt; dennoch ist ein Unterschied zwischen dem, was die Arbeiter meinen, auch wenn sie es nicht genau aussprechen können und dem, was die SP daraus zu machen versucht. Die Arbeiter haben in den letzten fünfzehn schweren Jahren gesehen, daß die Bourgeoisie immer wieder den Staatsapparat als entscheidendes Instrument gegen das Proletariat eingesetzt und daß das in den meisten Fällen den Kampf entschieden hat. Die Opportunisten sagen unter anderem: man müsse sich also an der Regierung beteiligen, um über den Apparat mitzubestimmen, um die Bourgeoisie zu kontrollieren. Indes müssen Marxisten aus dem ganz andere Schlüsse ziehen.

Der Marxismus über den Klassenstaat

Das Proletariat kann die fertige Staatsmaschine nicht einfach in Besitz nehmen und für seine eigenen Zwecke gebrauchen. Es kann die Macht mit der Bourgeoisie nicht "teilen"; vermöge des klassenmäßigen Aufbaus des Staatsapparats ist dieser trotz aller sozialdemokratischen Minister ein verlässliches Instrument der Bourgeoisie. Das Proletariat muß die kapitalistische Staatsmaschine zerbrechen und an ihre Stelle einen klassenmäßig proletarisch aufgebauten Apparat setzen, einen Apparat, der aus den Organen der Massen hervorgeht, sich auf die Massen stützt, mit den Massen verbunden bleibt, ständig von den Massen kontrolliert werden kann. Das ist in wenigen Worten die Lehre des Marxismus vom Staat.

Bedeutet das, daß wir, solange die proletarische Revolution noch nicht vollzogen ist, den Kapitalisten den Staatsapparat kontrollos überlassen wollen (wie uns die Opportunisten unterscheiden)? Nein, wir sagen: Solange wir den Apparat nicht zerschlagen können, müssen wir ihn wenigstens kontrollieren, müssen wir ihm seine Krallen stützen, seine schlimmsten Seiten beschneiden. Eine solche Politik ist eine gefährliche Illusion in "normalen" Zeiten. Aber wir leben nicht in einer Zeit des "normalen" Kapitalismus, sondern in der Periode seines Niedergangs, seines Verfalls, in der der Sturz der Bourgeoisie unmittelbar auf der Tagesordnung steht. Wir machen diese Politik nicht in der Illusion, daß es uns möglich sein wird, den Apparat zu reformieren, ihn nach und nach auf friedliche Weise zu erobern. Wir wissen, daß die Aufgabe darin besteht, ihn zu zerschlagen. Das, was wir tun können und tun müssen, ist, diese Zerschlagung vorzubereiten, sie zu erleichtern.

Für die Bourgeoisie ist der Staatsapparat der letzte Garant, die wichtigste Stütze ihrer Klassenherrschaft. Wenn es um Polizei, Gendarmerie, Heer, Justiz geht, kennt sie keinen Spaß. Sie wird nicht müßig zusehen, sondern sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen, wenn wir ihr wirklich und nicht nur in Worten, nicht nur mit Hilfe irgendwelcher "sozialistischer" Minister die Kontrolle über den Apparat zu entreißen versuchen. Also muß man sie zwingen! Mit was? Mit dem Stimmzettel? Können wir nach all' den schweren Erfahrungen, die hinter uns liegen, auch nur einen einzigen Augenblick annehmen, daß die Bourgeoisie sich an die parlamentarischen Spielregeln halten wird, wenn es nicht um die Mehrheit im Parlament, sondern um die wirklichen Grundlagen der Macht geht? Wer wirklich den Staatsapparat kontrollieren will (nicht, um ihn zu "reformieren", denn dies ist, wie gesagt, eine hoffnungslose Illusion!), um seine Zerschlagung vorzubereiten und sie zu erleichtern, der kann dies nicht in Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, sondern nur im schärfsten Kampf gegen sie tun, der muß sich die Kontrolle des Staatsapparats mit den Mitteln der außerparlamentarischen Gewalt erzwingen; der muß, um den Widerstand der Bourgeoisie zu bre-

chen, als erste Voraussetzung hierzu die Koalition brechen.

Für den außerparlamentarischen Massenkampf !

Mit der Koalition brechen, das bedeutet also keineswegs, auf die "Macht", auf einen "Anteil an der Macht" verzichten. Das bedeutet im Gegenteil, sich die Hände frei zu machen für die Mobilisierung jener Macht, jener Gewalt, auf die wirkliche Sozialisten allein sich stützen können: die Gewalt der Arbeiterklasse, der arbeitenden Massen in Stadt und Land. Nur durch die außerparlamentarische Mobilisierung der Massen, nur durch die außerparlamentarische Massenaktion kann der Widerstand der Bourgeoisie gebrochen, die Arbeiterkontrolle des Staatsapparates erzwungen werden.

Wirkliche Sozialisten müssen sich auf die Massen stützen. Jedoch diese kämpfen nicht für politische Abstraktionen; wer die Massen mobilisieren will, muß sich für deren ökonomische und politische Tagesinteressen einsetzen. Nur auf der Linie des Kampfes für ihre unmittelbaren Interessen kann man die Massen mobilisieren, in Schwung bringen, ihre Kraft als entscheidendstes Argument in die Wagschale werfen. Auf der Linie der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie ist das unmöglich. Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen, Verbesserung der gesamten Lebenshaltung der Arbeiter waren noch niemals Früchte der Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind sondern immer nur das Ergebnis eines harten und schonungslosen Kampfes gegen ihn.

Aber ist ein solcher Kampf nicht in erster Linie eine gewerkschaftliche Angelegenheit? Im Allgemeinen - ja. Jedoch die Eigenart der jetzigen Periode besteht darin, daß heute jeder Kampf der Arbeiter, auch wenn es ein solcher nur um ihre Tagesinteressen ist, wenn er konsequent geführt wird, alle Fragen aufrollt, daß jeder Kampf der Arbeiter heute letzten Endes in der Machtfrage enden muß. Einen solchen Kampf zu führen sind die Gewerkschaften ihrer Natur nach untauglich. Hinzu kommt, daß die gegenwärtigen Gewerkschaften durch und durch verbürokratisiert sind. Ihre greisenhafte Erstarrung ist nur durch die Wiederbelebung der Arbeiterdemokratie zu überwinden. Was ist also notwendig? In jedem Betrieb müssen Arbeiterkomitees geschaffen, deren lokale, regionale und schließlich zentrale Verbindung hergestellt werden; diesen Betriebskomitees werden wichtigste Aufgaben gestellt sein.

Die Kapitalisten wollen das Letzte aus den Arbeitern herauspressen, sie mit einem Pappentiel abfertigen; sie lassen die Produkte im Schleichhandel verschwinden, verschieben die Gewinne ins Ausland; die Produktion soll nicht den darbedenden Massen, sie soll der kapitalistischen Profitgier dienen; die Kapitalisten wollen wieder völlig frei, sie wollen kontrollos wirtschaften; wo sie dies nicht können, sabotieren sie. Es gibt nur ein Mittel, die Profitwirtschaft, den Widerstand, die Sabotage der Bourgeoisie zu brechen: Die Arbeiterkontrolle der Produktion, ausgeübt durch die Betriebskomitees in Verbindung mit den Gewerkschaften !

Die Arbeiter hungern, sie leiden Mangel an den unentbehrlichsten Gebrauchsgegenständen. Es gibt nur einen Weg, dem abzuhelfen: Die Arbeiterkontrolle der Aufbringung und Verteilung. Insbesondere müssen die in Osterreich verwendeten und produzierten Nahrungsmittel restlos erfaßt werden. Darf man das irgendwelchen Amtsstellen, d.h. der reaktionären staatlichen Bürokratie überlassen? Diese ist in ihren oberen Regionen offen arbeiterfeindlich, sie wird jede ernsthafte Maßnahme sabotieren; ihre unteren Organe, sich zum Großteil als negative Auslese aus den zurückgebliebenen Schichten rekrutierend, sind leicht zu korrumpieren und außerdem träge, initiativlos und ohne spezielle Befehle von "oben" überhaupt nicht

in Bewegung zu setzen; sie reichen überdies zahlenmäßig gar nicht aus. Die restlose Erfassung der vorhandenen Nahrungsmittel setzt die Existenz von Organen voraus, die allgegenwärtig und ohne besondere Anordnung von "oben" initiativer Handlungen fähig sind. Solche Organe können nur aus den Massen erwachsen; die Betriebskomitees werden die ersten Ansätze dazu sein. Die Komitees müssen sowohl die industrielle Produktion und Verteilung kontrollieren, wie zur Kontrolle auf dem flachen Lande übergehen. Hinzu muß folgendes noch kommen:

Es gilt, den Massen im Verlauf ihres täglichen Kampfes zu helfen, die Brücke zwischen ihren gegenwärtigen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu schlagen. Diese Brücke muß ein System von Übergangsforderungen umfassen, die von den heutigen Verhältnissen und dem heutigen Bewußtsein der breiten Schichten der Arbeiterklasse ausgehen und stets zu ein und derselben Schlußfolgerung führen: Machteroberung durch das Proletariat.

Aus dem ÜBERGANGSPROGRAMM der
IV. Internationale

Um bei Hoffbegehungen versteckten Vorräten auf die Spur zu kommen, sind lokale Ortskenntnisse notwendig. Über diese verfügen die ärmeren Schichten der Bauernschaft, die ländlichen Arbeiter, die Dorfarmut. Die restlose Erfassung der Agrarprodukte verlangt das Bündnis mit der Dorfarmut. Erst ein aus dem Bündnis zwischen Proletariat und ländlichen ausgebeuteten Massen erwachsender Erfassungs- und Requisitionsmechanismus wird die restlose Aufbringung der Lebensmittelvorräte garantieren. Darum: Arbeiterkontrolle der Aufbringung und Verteilung, ausgeübt durch die Betriebskomitees und Gewerkschaften in Verbindung mit den Komitees der ländlichen Arbeiter und armen Bauern!

Die staatlichen und kommunalen Behörden erweisen sich als unfähig, auch nur im Geringsten der Spekulation, dem Schleichhandel, der Sabotage das Handwerk zu legen; sie decken die Großschleichhändler und Saboteure; sie sind gegen die kleinen hart, um die großen laufen zu lassen; sie sind willfährige Instrumente der kapitalistischen Mißwirtschaft und Sabotage. In den Ämtern sitzt die alte reaktionäre Bürokratie, an allen entscheidenden Stellen kommandieren Leute, die der Arbeiterklasse als Feinde von vorgestern (wenn nicht von gestern) bekannt sind. Es gibt nur ein Mittel, den bösen Willen und die Sabotage der Bürokratie zu brechen und der Gefahren Herr zu werden, die dieser reaktionäre Apparat für die Arbeiterklasse bedeutet: Arbeiterkontrolle des Staatsapparates, ausgeübt von den Betriebskomitees und den Gewerkschaften!

Für eine kapitalistenfreie Regierung!

Die von der bürgerlichen ÖVP geführte Regierung, in der zur Tarnung ein paar bestochene "Sozialisten" sitzen, gibt den Arbeitern seit Monaten schöne Worte, papierene Versprechungen, um in der Praxis der kapitalistischen Rauboffensive gegen die Massen Vor-schub zu leisten und sie anzuführen. Die ÖVP gibt vor, eine Bauernpartei zu sein. Doch soweit sie, die Partei der österreichischen Kapitalisten, überhaupt bäuerliche Interessen vertritt, sind es die der Großbauern, der Dorfkapitalisten, keineswegs die der großen Masse der armen Bauern und schon gar nicht die des ländlichen Proletariats. Die Dorfarmut und die armen Bauern sind die natürlichen Bundesgenossen der Arbeiterklasse; sie folgen heute noch der ÖVP. Wenn wir sie von der Kapitalistenpartei und deren "Bauern"führern,

den Reithier & Co., diesen Vertretern der großbäuerlichen Interessen und der Agrarbanken, loslösen wollen, müssen wir für ein Programm kämpfen, das den Interessen der großen Masse der armen Bauern und der Dorfermut entspricht. Unser "Übergangsprogramm" sagt hierzu:

"Mitbruder des Industriearbeiters und Kampfgenosse im Dorfe ist der Landarbeiter. Sie sind zwei Teile ein und derselben Klasse; ihre Interessen sind untrennbar verknüpft. Die Bauern stellen eine andere Klasse dar: das ländliche Kleinbürgertum. Das Kleinbürgertum besteht aus verschiedenen Schichten: von halbproletarischen bis zu ausbeutenden Elementen. Dementsprechend besteht die politische Aufgabe des Industrieproletariats darin, den Klassenkampf ins Dorf zu tragen. Nur so kann es die Verbündeten von den Feinden scheiden.

Solange der Bauer ein "unabhängiger" kleiner Produzent bleibt, braucht er billigen Kredit, erschwingliche Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Düngemittel, günstige Transportbedingungen und eine rechtschaffene Organisierung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Indessen, die Banken, Trusts und Händler bestehlen den Bauern nach Strich und Faden. Dieser Ausplünderung können die Bauern nur mit Unterstützung seitens der Arbeiter Einhalt gebieten. Kleinbauernkomitees müssen in Erscheinung treten und gemeinsam mit den Arbeiterkomitees und den Komitees der Bankangestellten die Kontrolle über Transport-, Kredit- und Handelsoperationen in die Hand nehmen."

Hilfe den bäuerlichen Massen auf Kosten der Kapitalisten, der Großgrundbesitzer, der Großbauern, der dörflichen Ausbeuter! Eine solche Politik verlangt den Bruch mit der Bourgeoisie, die schonungslose Entlarvung des wahren Charakters der ÖVP. Darum: Schluß mit der Politik der Zusammenarbeit, die der ÖVP die Mauer macht, Schluß mit der ÖVP, der Anstifterin der reaktionären Regierungspolitik! Die Kapitalistenpartei muß aus der Regierung verschwinden! Bildung einer kapitalistenfreien Regierung, die sich auf die Betriebskomitees und Gewerkschaften stützt und eine Politik des Bündnisses mit den armen Bauern, der Dorfermut betreibt!

Für eine solche Regierung, die als Ergebnis des außerparlamentarischen Massenkampfes zustandekommt, muß die "Linke" die Arbeiter anleiten, den Kampf zu führen, eine solche Regierung werden wir unterstützen. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß eine solche Regierung nicht identisch ist mit der proletarischen Diktatur, für die wir Internationalen Kommunisten kämpfen; sie wird jedoch eine wirksame Kontrolle der kapitalistischen Staatsmaschine sein, wird deren Zerschlagung erleichtern, den Übergang der Macht von der Bourgeoisie auf das Proletariat vorbereiten und einleiten.

Es gibt in der "Linken" eine Gruppe (auf dem Parteitag verschwiegen sie ihren Standpunkt, stimmte sie für die Rechten), die gegen die Koalitionsregierung, die für eine "sozialistische Alleinregierung" eintritt, wenn auf Grund von Neuwahlen die SP, was wahrscheinlich ist, die Mehrheit bekommen sollte. Allein eine solche Regierung wäre keine kapitalistenfreie Regierung in unserem Sinne; sie wäre nur eine raffiniertere Fortsetzung der Koalition, so wie sie heute in England ausgeübt wird. Zweifellos werden Neuwahlen die Zusammensetzung des Nationalrates zu ungunsten der Bourgeoisie verändern, doch das Kräfteverhältnis im Lande wird nicht durch die Arithmetik des Stimmzettels, sondern durch das außerparlamentarische

Wir sind illegal!
Beachtet die konspirativen Regeln!

Nie hat, nie wird eine Versammlung den bestehenden Zustand umstürzen. Alles, was eine Versammlung je gekonnt hat, ist, den draußen bestehenden Zustand proklamieren, den draußen schon vollzogenen Umsturz der Gesellschaft zu sanktionieren und ihn in seine einzelnen Konsequenzen, Gesetze usw. auszu- arbeiten. Aber ewig wird eine solche Versammlung impotent sein, die Gesellschaft selber umzustürzen die sie vertritt.
(Ferdinand Lassalle)

Kräfteverhältnis der Klassen bestimmt. Dieses kann nur geändert werden durch die außerparlamentarische Massenaktion, durch den außerparlamentarischen Kampf, durch die entschiedene Mobilisierung der Massen für deren unmittelbare tägliche Interessen, was in seinen Konsequenzen den Bruch mit der Bourgeoisie und ihrem Staat bedeutet.

Unser Verhältnis zur "Linken"

Die Stellung zur Koalition ist die wichtigste Frage der Innenpolitik, sie wird in der nächsten Zeit der Prüfstein für den wahren Charakter der "Linken" sein. Selbstverständlich gibt es noch eine Reihe anderer wichtiger Fragen, die beantwortet werden müssen. Es ist die Frage der Außenpolitik, die aufs engste mit dem proletarischen Internationalismus und seinen Konsequenzen zusammenhängt. Es ist die Stellungnahme zur heutigen Sowjetunion und ihrer Politik; es ist die Stellung zur sogenannten "Kommunistischen" Partei. Es ist die Frage der Partei überhaupt, die Stellung der "Linken" zum Aufbau einer neuen Arbeiterpartei, zur IV. Internationale. Nur die letztere Frage wollen wir noch berühren, weil sie unser Verhältnis zur "Linken" betrifft.

Wir sind heute in Österreich noch klein, illegal, scheinbar eine bedeutungslose Sekte. Das es so ist, entspringt nicht unse-

Die IV. Internationale erhebt sich auf den Schultern ihrer drei Vorgängerinnen. Die Schläge sausen auf sie ein von vorne, von der Seite und von hinten, KARRIERISTEN, Feiglinge und Philister haben in ihren Reihen nichts zu suchen. Der zu Beginn unvermeidliche Einschlag von Sektierern und Abenteurern schiebt sich mit dem Wachsen der Bewegung heraus. Mögen Pedanten und Skeptiker die Schulter zucken über die "kleinen" Organisationen, die so "kleine" Zeitungen herausgeben und der ganzen Welt den Fehdehandschuh hinwerfen. Ernste Revolutionäre gehen mit Verachtung an den Pedanten und Skeptikern vorüber. Die Oktoberrevolution ging einmal in Kinderschuhen.....

(Leo Trotzki)

rem Willen, sondern den bekannten Bedingungen, die wir aus eigener Kraft nicht zu ändern vermögen. Allein die "Linke" möge sich nicht täuschen; die Bedingungen werden sich ändern, auch für uns - und es werden günstige Bedingungen sein.

In diesem Lande finden sich alle Widersprüche Europas, alle Auflösungserscheinungen des verfallenden Kapitalismus in potenziertester Form vor. Weniger als anderswo hat die bürgerliche Demokratie hier realen Boden unter den Füßen. Die ungeheure Zuspitzung der Interessengegensätze der Klassen läßt keinen Raum für deren

"friedlichen" Ausgleich wie für "demokratische" Methoden. Durch die militärische Besetzung des Landes wird das verdeckt, der Klassenkampf gedämpft, erstickt. Die politische Lethargie und Teilnahmslosigkeit ist nur eine scheinbare: die Bourgeoisie bereitet sich jetzt schon fieberhaft vor. Wie weit solche Vorbereitungen gehen können, zeigt die reaktionäre Verschwörung in Ungarn. Gleichzeitig nimmt die Ausplünderung der Massen immer unerhörtere Formen an. Die Beendigung des Besatzungsregimes wird darum in Österreich eine Ara offener Klassenkämpfe von größter Intensität einleiten. Die Eigenart der Lage wird darin bestehen, daß alle Fragen sich sehr rasch auf die entscheidenden Grundfragen reduzieren werden: auf die Frage des Eigentums, auf die Frage der Macht

Eine solche Entwicklung verlangt klare Entscheidungen; alle Zwischenpositionen werden unhaltbar, alle Zwischengruppierungen zerrieben werden. In der Arbeiterklasse wird ein großer Differenzierungsprozeß einsetzen; er wird vor der Sozialdemokratie nicht Halt machen. Die kommenden Kämpfe werden von der "Einheit der Arbeiterklasse innerhalb der SP" keine Spur übrig lassen. Die stalinische "KP" wird vor den Arbeitern schwer kompromittiert dastehen. Das alles gibt uns die größten Chancen. Wir sind die einzigen, die diese Entwicklung voraussehen, die sich darauf vorbereiten, die sich auf ein Programm stützen, das als einziges den wirklichen Interessen der Massen entspricht.

Die revolutionären Elemente in der heutigen "Linken" müssen mit all' dem rechnen. Wenn sie in der SP sich wirklich für die Arbeiterforderungen einsetzen, wenn sie den Kampf auf dem Boden eines Programms aufnehmen, das den Arbeiterinteressen entspricht, das den tatsächlichen Bruch mit der Bourgeoisie bedeutet, dann können wir uns mit ihnen verständigen, auch wenn wir in der Parteifrage noch auseinandergehen.

oooooooooooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooooooooooo

VERSCHÄRRUNG DER SOZIALEN WIDERSPRÜCHE IN DER SOWJETUNION

Der militärische Sieg über den deutschen Imperialismus hat die tiefen sozialen Widersprüche der Sowjetgesellschaft nicht gemildert. Die Zerstörungen des Krieges haben nicht nur die Wirtschaft der SU weit zurückgeworfen, sondern auch die Spannungen zwischen der mit zahlreichen Privilegien versehenen herrschenden Kaste und den Werktätigen verschärft, die Differenzierung innerhalb der Bürokratie wie die privatkapitalistischen Tendenzen innerhalb des städtischen und ländlichen Kleinbürgertums vorangetrieben. Doch der Krieg hat zugleich das Selbstbewußtsein des Proletariats wie dessen Kritik an den Verhältnissen bedeutend erhöht. Die Massen fordern eine gerechte Verteilung des erzeugten Sozialproduktes; sie üben Kritik an den bürokratischen Privilegien, so daß sich die Bürokratie gezwungen sieht, der Massenunmut Ventile zu öffnen, kleine Sündenböcke aus den unteren bürokratischen Schichten zu opfern und gleichzeitig die Werktätigen mit neuen Versprechungen hinzuhalten. Der Druck des Imperialismus und die durch die große Dürre im letzten Jahre bedingte Missernte trägt zur Verschärfung der Gesamtlage bei. Die dadurch bedingte Schwäche der SU wird sich bei den kommenden Moskauer Verhandlungen zeigen.

Folgende in der letzten Zeit bekanntgewordenen Tatsachen bestätigen unsere Einschätzung:

1. Nach den Berichten eines aus Rußland zurückgekehrten "Freundes" der stalinistischen "Volksstimme" mußte infolge der großen Mißernte die Aufhebung der schon seinerzeit verkündeten Lebensmittelrationierung um ein Jahr verschoben und gleichzeitig in den Städten die Rationen verringert werden; die offiziellen Preise der rationierten Lebensmittel wurden erhöht und die der am freien Markt zu erhöhten Preisen erhältlichen gesenkt.
2. Nach Berichten des Reuter-Korrespondenten in Moskau wurden Maßnahmen angekündigt, um die beschränkte Produktion der Konsumwaren zu vergrößern und die riesige Kluft zwischen den vorhandenen Waren (Schuhen, Strümpfen, Textilien und Strickwaren) und der unersättlichen Nachfrage einer Bevölkerung von mehr als 190 Millionen zu überbrücken. So sind nach russischen Pressemeldungen in der Leicht- und Textilindustrie beträchtliche Neubauten geplant, die bereits 1947 zur Ausführung kommen sollen. Der Fünfjahresplan wurde so abgeändert, daß er eine Vergrößerung des Ertrages an Konsumwaren gestattet.
3. Nach Angaben der französischen marxistischen Monatschrift "La Revue Internationale" sieht der vierte Fünfjahresplan folgende Produktionsziffern an Manufakturgegenständen im Jahre 1950 vor (Vergleichsziffern mit der Produktion 1913):

	1950	1913
Schuhe (Millionen Paare)	4.686	(2.250)
Wollwaren (Millionen Meter)	159	(95)
Baumwollwaren (Millionen Meter)	330	--

Zum erstenmal sieht auch der Plan genaue Produktionsziffern für Gebrauchsgegenstände des Großkonsums, die noch immer für die breiten Massen unerreichbar sind und an denen sich nur die privilegierten Schichten erfreuen können, vor, so z.B.:

Küchengeräte	260 Millionen Stück	
Nähmaschinen	0,45	" "
Taschen- u. Wanduhren	7,4	" "
Radioempfänger	0,92	" "
Schallplattenapparate	1,	" "
Motorräder	0,13	" "
Fahrräder	1,05	" "
Jagdgewehre	0,35	" "
Photoapparate	0,53	" "

4. Durch ein Dekret vom 9.11.46. wurden die Agrar- und Industriekooperativen ermächtigt, in den Städten und Dörfern Verkaufsmagazine zu eröffnen, um den Kleinhandel durch einen "gesunden Handelsaustausch" zwischen Staat und Kooperativen anzureizen. Die Agrarkooperativen erhielten das Recht, an die Konsumenten zu direkten Marktpreisen zu verkaufen; sie sind also nicht mehr verpflichtet, dem Staate ihre ganzen Produkte zu den offiziellen Preisen abzutreten.

Die Industriekooperativen, welche bis jetzt nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben, werden nun nichtsdestoweniger herangezogen, wobei ihnen von den Behörden die notwendigen Installationen zur Verfügung gestellt werden. Sie wurden aufgefordert, Verkaufsmagazine zu eröffnen, wo sie direkt ihre Produkte zum Absatz bringen können.

5. Ebenfalls nach dem Bericht des "Freundes" der "Volksstimme" über das Moskauer Leben:

"Das alles ist kennzeichnend für das herrschende Bestreben, mit allen Schwierigkeiten recht bald fertig zu werden. Die Moskauer sind dabei in einer Art Kampf Stimmung. Das beginnt bei den kleinen und doch so wichtigen Dingen des Alltags. Man schlägt Alarm, wenn es in der Werkkuche oder Kantine nicht klappt. Die Vertrauensmänner überprüfen die Gebahrung der Verwaltung. In den Lebensmittelgeschäften gehen Kontrollausschüsse der Konsumenten den Beschwerden der Käufer nach. Ein Besuch in einem Bezirksowjetamt zeigt, wie wachsam die Bevölkerung die Tätigkeit ihrer Mandatäre verfolgt. Die Rechenschaftsberichte der einzelnen Ressorts liegen zur öffentlichen Einsicht auf, in den Sprechstunden der Abgeordneten geht es lebhaft zu. Jede Wandzeitung in Betrieben, Ämtern oder Wohnhäusern - es gibt ihrer tausende - gibt Aufschluß über das große Ausmaß der öffentlichen Kritik an Bürokratismus und Mißständen, Ernste Kritik an Wirtschafts-, Verwaltungs- und Parteiorganisationen kann man täglich in den Zeitungen lesen.

Der Krieg hat auch in den Reihen der erprobten und geschulten Kommunisten furchtbare Lücken gerissen. Sie standen ja überall in den fordersten Kampflinien. An ihrer Stelle sind jetzt in vielen Ämtern junge und begeisterte Menschen mit und ohne Parteimitgliedsbuch getreten. Die Wiederaufbauperiode stellt eine neue Prüfung ihrer Reife und ihrer Fähigkeiten dar. Sie wachsen mit ihren Aufgaben und ein Mittel ihres Wachstums ist die Kritik, die rückhaltlos und ohne Rücksicht auf den Rang geübt wird. Und das wichtigste ist - die Kritik wirkt." (Unterstreichungen von unserer Red.)

Diese Tatsachen bestätigen die von der IV. Internationale im Februar 1946 gegebene Analyse der Sowjetgesellschaft, in der es heißt:

"Der ökonomische Rückschritt des Landes, die Dezimierung der besten Elemente in den Reihen der fortgeschrittensten Schichten des Proletariats haben einerseits die neubürgerlichen Schichten der Bauernschaft (Kolchosmillionäre) und andererseits die Bürokratie als Gesamtes gegenüber dem Sowjetproletariat gestärkt.

Im Innern der Bürokratie selbst haben die Kriegsverhältnisse die Militärelemente gefestigt, denen gegenüber sich heute die Parteibürokratie verteidigen muß.

Andererseits rufen die allgemeine Verarmung des Landes, die außerordentliche Senkung des Lebensniveaus der Bevölkerung und der seit der Revolution erste Kontakt von Millionen und Aberrillionen Sowjetbürgern mit dem kapitalistischen Europa und seinem Lebensstandard in den Massen Wirkungen hervor, die sich auf direkte oder indirekte Weise gegen die Bürokratie richten."

Wir müssen alle Nachrichten aus der SU, so spärlich und entstellt sie auch sein mögen, aufmerksam prüfen; die Verschärfung der sozialen Spannungen, wie die wachsende Kritik der Massen zeigen, daß auch in der SU eine Entwicklung vor sich geht, die in nicht allzu langer Zeit einen kritischen Punkt erreicht haben wird. Hoffen wir, daß die kommende revolutionäre Welle zusammenfällt mit dem Wiedererwachen des russischen Proletariats, daß die internationale Revolution diesem hilft, die leninsche Regeneration der SU einzuleiten.

oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooo

LEO TROTZKI:

DIE GEWERKSCHAFTEN IN DER EPOCHE DER
IMPERIALISTISCHEN ENTARTUNG
(Schluß)

Nicht weniger bezeichnend, wenn auch in einem anderen Sinne, spielte sich die Entwicklung oder Entartung der Gewerkschaften in Spanien ab. In den sozialistischen Gewerkschaften wurden alle führenden Elemente, die wenigstens bis zu einem gewissen Grad die Unabhängigkeit der Gewerkschaftsbewegung repräsentierten, beiseite geschoben. Was die anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften anbelangt, so wurden sie in Instrumente der republikanischen Bourgeoisie verwandelt, ihre Führer in bürgerlich-konservative Minister. Die Tatsache, daß diese Umwandlung während des Bürgerkrieges vor sich ging, setzt ihre Bedeutung nicht herab. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik; er beschleunigt die Entwicklung, zieht den Schleier von ihrem wahren Charakter, vernichtet alles, was verfault, unecht, verächtlich ist und hält nur das Wesentliche aufrecht. Das Hinübergleiten der Gewerkschaften nach rechts war die natürliche Folge der Zuspitzung der sozialen und internationalen Widersprüche. Die Führer der Gewerkschaftsbewegung fühlten und verstanden - oder wurden dahin gebracht, es zu verstehen - daß jetzt nicht mehr der Augenblick sei, die Rolle der Opposition zu spielen. Jede oppositionelle Bewegung innerhalb der Gewerkschaften und speziell in der Führerschichte drohte eine furchtbare Massenbewegung hervorzurufen und dadurch dem nationalen Imperialismus Schwierigkeiten zu bereiten. Diese Tatsache rief das Hinübergleiten der Gewerkschaften nach rechts und die Unterdrückung der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften hervor. Dieses wesentlichste Merkmal einer Entwicklung zum totalitären Regime ist bezeichnend für alle Arbeiterorganisationen in der ganzen Welt.

Wir müssen ebenso an Holland erinnern, wo nicht nur die reformistische Gewerkschaftsbewegung eine Stütze für den imperialistischen Kapitalismus war, sondern auch die sogenannte anarcho-syndikalistische Organisation unter der Kontrolle der imperialistischen Regierung stand. Der Sekretär dieser Organisation, S n e e v l i e t, war - trotz seiner platonischen Sympathie für die IV. Internationale - als holländischer Parlamentsabgeordneter in erster Linie daran interessiert, daß die wütenden Angriffe der Regierung nicht seine Gewerkschaftsorganisation schwächten.

In den Vereinigten Staaten hat es sich der Arbeitsminister mit seiner "linksgerichteten" Bürokratie zur Aufgabe gestellt, die Gewerkschaftsbewegung dem demokratischen Staate unterzuordnen; man muß sagen, daß er in diesem Bestreben bis jetzt ganz hübsche Erfolge erzielt hat.

Die Nationalisierung der Eisenbahnen und der Petroleumfelder in Mexiko hat offenbar nichts mit Sozialismus zu tun. Sie ist nur eine Maßnahme, die der Staatskapitalismus eines rückständigen Landes ergreift, um sich auf diese Weise einesteils gegen den ausländischen Imperialismus und andererseits gegen das eigene Proletariat zu verteidigen. Die Verwaltung der Eisenbahnen und Petroleumfelder unter der Kontrolle der Arbeiterorganisationen hat nichts gemein mit der Kontrolle der Arbeiter über die Industrie, weil sich die Verwaltung letzten Endes in den Händen der Arbeiterbürokratie befindet, die vollkommen unabhängig von den Proletariern ist, aber umgekehrt in einem Abhängigkeitsverhältnis zum bürgerlichen Staate steht. Diese Maßnahme der herrschenden Klasse hat den Zweck, die Arbeiter im Zaume zu halten, indem man sie noch mehr für die "allgemeinen Interessen" des Staates sich abmühen läßt, die sich mit den

eigenen Interessen der Arbeiterklasse zu vermengen scheinen. In Wirklichkeit besteht die Absicht der Bourgeoisie darin, die Gewerkschaften als Organe des Klassenkampfes zu liquidieren, sie durch eine gewerkschaftliche Bürokratie als Organ der Oberaufsicht des bürgerlichen Staates über die Arbeiter zu ersetzen. Unter diesen Umständen besteht die Aufgabe der revolutionären Avantgarde darin, den Kampf für die vollkommene Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu führen, für die Aufstellung einer wirklichen Arbeiterkontrolle über die jetzige gewerkschaftliche Bürokratie einzutreten - denn diese gewerkschaftliche Bürokratie ist nachgeradezu in eine Verwaltung der Eisenbahnen, Petroleumunternehmen usw. umgewandelt worden. Die Ereignisse der letzten dem Krieg vorangegangenen Periode haben mit besonderer Deutlichkeit gezeigt, daß der Anarchismus (der vom theoretischen Standpunkt aus einfach der auf die Spitze getriebene Liberalismus ist) praktisch pazifistische Propaganda im Rahmen der demokratischen Republik war, an welcher er eine Stütze zu finden suchte. Wenn wir von den individuellen Terrorakten usw. absehen, stellt der Anarchismus - als System der Massenbewegung und der politischen Tätigkeit - nichts anderes dar, als eine plumpe "revolutionäre" Propaganda unter dem friedlichen Schutz der Legalität. In entscheidenden Momenten machen die Anarchisten oft gerade das Gegenteil von dem, was sie in Friedenszeiten predigen. Auf diese Tatsache wurde schon von M a r x anläßlich der Pariser Kommune aufmerksam gemacht.

Diese Erfahrung bestätigte sich in viel größeren Ausmaßen bei der spanischen Revolution.

Demokratische Gewerkschaften im alten Sinne des Wortes, wo innerhalb ein- und derselben Massenorganisation mehr oder weniger frei verschiedene Richtungen einander gegenüberstehen - solche Gewerkschaften können nicht länger existieren. So wie es unmöglich ist, zum bürgerlich-demokratischen Staat zurückzukehren, so ist es auch unmöglich, zur alten Arbeiterdemokratie zurückzukommen. Das Schicksal des einen widerspiegelt nur das Schicksal der anderen. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Klassenstandpunkt, vom Standpunkt ihrer Beziehungen zum bürgerlichen Staat, unter den gegenwärtigen Umständen nur durch eine ausgesprochen revolutionäre Richtung gesichert werden kann - durch die der IV. Internationale. Diese Richtung kann und wird den Gewerkschaften ein den jetzigen konkreten Umständen angepaßtes Maximum an Demokratie sichern. Ohne die IV. Internationale ist die Unabhängigkeit der Gewerkschaften unmöglich. (August 1940)

oooooooooooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooooooooooo

ZUM KOLLEKTIVVERTRAGSGESETZ

Was bedeutet das im Parlament durch ein Kompromiß zwischen ÖVP und SP beschlossene Kollektivvertragsgesetz für die Arbeiterschaft, gegen dessen Annahme die Stalinpartei durch ihre parlamentarischen und gewerkschaftlichen Vertreter eine an und für sich richtige Stellung einnahm, ohne aber den Arbeitern die volle Wahrheit zu sagen, ohne vor allem daraus die einzig richtige Schlußfolgerung zu ziehen: die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie zu brechen, den außerparlamentarischen Kampf für ein den Arbeiterinteressen entsprechendes Kollektivvertragsgesetz aufzunehmen.

Die Stalinpartei verschweigt, was M a r x in folgenden Sätzen lehrt: "Die Konkurrenz gebiert das Monopol. Das Monopol erzwingt die Konkurrenz." Die mit der Bourgeoisie zusammenarbeitenden

"Arbeiter"parteien wichen vor der Forderung der Monopolkapitalisten zurück, die darin bestand, nur bestimmten Kapitalistenvertretungen Vertragsfähigkeit auf dem Gebiete des Arbeitsrechtes zuzuerkennen. Das bedeutet, daß z.B. kein philanthropischer Unternehmer aus der von der Gesamtheit der Unternehmer bestimmten Lohnlinie springen darf, oder, daß innerhalb einer Berufs- bzw. Industrie-gruppe gegen den Willen der Mehrheit der Unternehmer keine höheren Löhne gezahlt werden können.

Die Monopolstellung der Monopolisten bleibt also gewahrt. Aber umgekehrt gelang es diesen, das ausschließliche Vertragsrecht des Gewerkschaftsbundes zu sprengen, d.h. die Konkurrenz unter den Gewerkschaftorganisationen zu ermöglichen. Auf diesem Gebiet steht

ooo
ooo
Spendet für den K A M P F F O N D !
ooo
ooo

der Errichtung von gel-
ben Organisationen nichts
mehr im Wege Ziehen
wir also das Arbeits-
vertragsrecht in unse-
re Betrachtung, so
deckt die Koalition

mit der Bourgeoisie das Monopol des Kapitals und ermöglicht die Konkurrenz unter den Arbeitern. Doch auch die Bürokratie kommt nicht zu kurz: um die Kontrolle der Lohnarbeit zu verschärfen, wird ein Obereinigungsamt neu eingerichtet und die zentrale Lohnkommission verewigt.

Die Auswirkungen des neuen Gesetzes werden keine sofortigen sein, aber wehe, wenn die industrielle Reservearmee wächst; dann werden die Arbeiter an dem einen Beispiel erkennen, welche verräterische Bürokratie die Gewerkschaften heute führt. Das Ganze spricht nicht gegen die Gewerkschaften, wohl aber gegen deren bürokratische Führung.

Karl M a r x lehrt uns, was Gewerkschaften für die Arbeiterklasse bedeuten können:

"Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachlichen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierte Kraft zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgiltigen Abschaffung des Lohnsystems."

An dem Fall des Kollektivvertragsgesetzes können die Arbeiter erkennen, daß verändert werden muß, was der Veränderung bedarf. Wir fordern als notwendige Voraussetzung hierzu die Wiederherstellung der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften; Wahlbarkeit und jederzeitige Absetzbarkeit aller Gewerkschaftsfunktionäre durch die Gesamtheit der Gewerkschaftsmitglieder, bzw. deren frei gewählten Delegierten! Kein Gewerkschaftsfunktionär soll einen höheren Lohn erhalten als den durchschnittlichen der bestbezahlten Arbeiter, bei freier Spesenvergütung aller aus der Gewerkschaftstätigkeit erwachsenden Kosten! Für diese Mindestforderungen in Bezug auf das innere Regime in den Gewerkschaften müssen alle fortschrittlichen Arbeiter eintreten.

ooooooooooooooooooooooooooooooooooooo
ooooooooooooooooooooooooooooo
ooooooooooooo

STREIFLICHTER:

Der indochinesische Krieg - ein Krieg der Bankiers ! Der Imperialismus wird vor allem durch den Export von Finanzkapital charakterisiert. Der Krieg in Indochina ist darum ein Krieg des französischen Finanzkapitals.

Die Entwicklung der Pariser Börsenkurse seit dem 18.12.46, dem Tag der Wiederaufnahme der Kriegshandlungen, bestätigen das; sie widerspiegeln die Hoffnungen und Befürchtungen der Kapitalisten; die Kurschwankungen entsprechen ganz genau den militärischen Operationen:

Am 19.12. besetzten die Franzosen das Finanzministerium in Hanoi - die Kurse der Steinkohlenbergwerke von Tonking stiegen um 50, die der Minen von Indochina um 48, der Brennereien um 44, die Kautschukaktien um 25 Punkte. Am 23.12. breitet sich der indochinesische Gegenstoß über ganz Nordindochina aus - und die Kurse fallen: Steinkohle um 10, die Minen um 55 Punkte. Am 25.12. fuhr der neue Oberbefehlshaber, der wegen seiner "Energie" berüchtigte General L e c l e r c nach Indochina ab; am selben Tage bewilligte das französische Parlament einstimmig die Militärkredite - das Ergebnis war ein allgemeines Ansteigen der Börsenkurse.

Diese Ziffern sprechen eine deutliche Sprache. Sie besagen, daß jeder Sieg L e c l e r c's, ein Sieg der französischen Bourgeoisie, jeder Sieg des um seine Freiheit kämpfenden indochinesischen Volkes eine Schwächung der Bourgeoisie, des Imperialismus und damit ein Sieg der Arbeiterklasse ist.

Der "sozialistische" Ministerpräsident R a m a d i e r am Werk !
So wie in allen kapitalistischen Ländern macht sich auch in Frankreich die Inflation als Folge des imperialistischen Weltkrieges bemerkbar. Die Schere zwischen den Preisen und Löhnen öffnet sich immer mehr; die Massen sollen die Kosten des imperialistischen Krieges bezahlen. Treffend schreibt die "Presse", das österreichische Bourgeoisblatt, daß weder "Kommunisten" noch "Sozialisten" heute imstande sind, der Arbeiterschaft in Frankreich ihren Willen in Gehalts- und Lohnfragen aufzuzwingen. Die sozialen Konflikte in Frankreich spitzen sich trotz des "sozialistischen" Regierungschefs und seiner "sozialistisch-kommunistischen" Ministerkollegen zu; der Klassenkampf nimmt von Tag zu Tag schärfere Formen an. Dies bewies der neuerdings ausgebrochene Zeitungstreik und die, wenn auch nur kurzen, Arbeitsniederlegungen in so lebenswichtigen Sektoren wie Post, Telegraph, Telephon, Straßenbahn und Untergrundbahn.

"Der Staat kann unmöglich mehr ausgeben als er einnimmt", rief Ramadier in der Kammer aus. Er kündigte gleichzeitig eine Beschränkung des Streikrechtes der öffentlichen Beamten an. Bravo! werden sich die B i d a u l t's und die d e G a u l l e 's in die Hände klatschen, wir hätten es auch nicht besser machen können, besorgt nur das Geschäft für uns. Dafür werdet ihr umso eher den verdienten Fußtritt bekommen !

Die Arbeiter beginnen den Verrat von SP und Stalinpartei zu durchschauen, wie die Weigerung der streikenden Zeitungsarbeiter, den "Populaire" und die "Humanité" erscheinen zu lassen, zeigt. Die PCI muß die günstige Situation ausnützen. Die Kapitalisten wollen sich auf Kosten der Massen sanieren; SP und Stalinpartei leisten ihnen unter dem Vorwand der "Notwendigkeit des Wiederaufbaus" Schützenhilfe. Die PCI stellt dem das Programm der Sanierung der Massen auf Kosten der Kapitalisten gegenüber, der außerparlamentarischen Mobilisierung der Massen zum Kampf für ihre unmittelbaren ökonomischen und politischen Forderungen.

Die neue spanische Emigrantenregierung bereitet das Zusammengehen mit den Monarchisten vor. Die neue spanische Emigrantenregierung ist endgültig durch Rodolfo Llopis, einem Sozialdemokraten, gebildet worden, der sich neben den Posten des Präsidenten der Regierung das Außenamt reservierte.

Man trifft dieselben Parteien, dieselben Organisationen wie in der Regierung Girál. Es würde jedoch falsch sein, daraus zu schließen, daß sich nichts geändert hat. Die ganze Krise ist durch die Resolution der UNO beeinflusst gewesen, die das Abrücken von der "republikanischen Legalität" und eine Orientierung nach einem Kompromiß mit "den anderen Antifranco Kräften", d.h. mit den Monarchisten und Generälen vorsieht.

Diese Kräfte, die während des Krieges den heroischen Kampf der Arbeiter und Bauern gebremst haben, entfalten sich nun in dem großen kapitalistischen Manöver, in der Armee einen eventuellen Ersatz für Franco zu finden. (Vérité Nr. 162)

Wer steht wirklich hinter der "Naziverschwörung" in Deutschland? Die Reaktion sammelt sich, das beweist die Verschwörung der Großgrundbesitzer und Pfaffen in Ungarn und die Aufdeckung der jüngsten Naziverschwörung in Deutschland. Die Absicht und das Ziel der Verschwörung ist eindeutig: Beseitigung selbst der bescheidensten Rechte der Arbeiterklasse; Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur und schließlich Beteiligung am Krieg gegen die SU.

Die tatsächlichen Hintermänner der Verschwörung sind nicht die SS-Offiziere, sondern die deutschen Monopolkapitalisten; hinter denen die amerikanisch-englischen Monopolmagnaten stehen, um das deutsche Proletariat wieder vor dem imperialistischen Wagen spannen und die SU niederwerfen zu können. So wie sie vor dem zweiten imperialistischen Weltkrieg Hitler ermöglicht haben, diesen zu beginnen - Flottenpakt, München usw. - sind sie heute bestrebt, das zu wiederholen.

SP und Stalinpartei können mit ihrem papierernen "Kampf gegen den Faschismus", mit ihrer Koalitionspolitik die Gefahr des Faschismus keineswegs beseitigen. Ihre Politik seit den Apriltagen 1945 hat bloß ihre Unzulänglichkeit aufs neue bewiesen: das plumpe Geschwätz über "Demokratie", "demokratischen Sozialismus", "Volksdemokratie", "Konsequenter Kampf gegen den Faschismus" genügt nicht, um den Faschismus, die Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur zu verhindern.

Mit den Phrasen über "Demokratie", "Volksdemokratie" usw. verdammt die Klassenversöhnungspolitik der beiden Verratsparteien die Arbeiterschaft zur Ohnmacht, ebnet sie neuerdings dem Faschismus den Weg. Wie nach 1918 bedient sich die Bourgeoisie heute der "Konzentration", "Koalition", "Volksfrontpolitik" mit der SP und Stalinpartei, um sich morgen des Faschismus zu bedienen. Die IV. Internationale wird die Pläne der Bourgeoisie wie die Verratspolitik von SP und Stalinpartei zum Scheitern bringen.

Was sagen die "Linken" in der Sp dazu? In der Monatszeitung der Landesorganisation Wien der SP, Februar 1947, lesen wir in dem Artikel "Ein Blick nach rechts": "Unser Feind steht rechts. Aber stehen dort nur Feinde? Ganz draußen auf dem Heimwehrflügel sicherlich. Wir wollen aber nicht vergessen, daß das Lager der ÖVP reichlich bunt zusammengewürfelt ist. Dort stehen Angestellte, Gewerbetreibende und auch Unternehmer, die nach ihren Ansichten und Handlungen uns viel näher als der ÖVP stehen. Sie finden nur deshalb nicht zu uns, weil sie Gegensätze zu sehen glauben, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Macht ihnen klar, daß wir nicht daran denken, "das Pri-

vateigentum aufzuheben". Macht ihnen klar, daß sich das Verstaatlichungsprogramm auf Großbetriebe bestimmter Wirtschaftszweige beschränkt und den Zweck hat, das öffentliche Interesse an diesen zu wahren!----" (Unterstreichungen wie im Original)

Die "Linken" in der SP schreiben wunderschöne Artikel über den Klassenkampfcharakter ihrer Politik, über den wissenschaftlichen Sozialismus usw. Die obigen Zeilen zeigen, wie die Politik der SP praktisch aussieht. Was sagen die "Linken" dazu ?

Bürokratische Aussprüche. In den ständigen Plänkeleien zwischen SP und Stalinpartei nahm das für oder wider die Monopolstellung des Gewerkschaftsbundes im neuen Kollektivvertragsgesetz einen breiteren Raum ein. Bei ihrer letzten Betriebsrätekonferenz sah sich die

<p>Wir sind illegal ! Beachtet die konspirativen Regeln !</p>	<p>SP infolge der heftigen Vorwürfe seitens der Stalinpartei genötigt, die Änderung ihres Standpunktes in dieser Frage zu motivieren</p>
---	--

Die guten SP-Demokraten erkannten plötzlich, daß die Monopolstellung des Gewerkschaftsbundes einen Totalitarismus bedeuten würde, nicht im Einklang mit der alten freigeberkschaftlichen Tradition stehe. Der Sekretär der Arbeiterkammer, P i t t e r m a n n, erklärte pathetisch: "Die Verteidigung der Lebensrechte der Arbeiterschaft kann nie Paragraphen und Advokaten allein anvertraut werden. Die Arbeiterschaft wird soviel Recht erringen und behaupten, als sie selbst entschlossen ist, mit ganzer Kraft zu erkämpfen und zu verteidigen." Ein richtiges Wort - wenn es nicht von einem Bürokraten gekommen wäre, einem jener, die nicht oft genug zu "Besonnenheit und Ruhe" mahnen und vor "unüberlegten" Aktionen im Interesse des reibungsgelosen "Wiederaufbaus" warnen können.

Wir wollen jedenfalls diesen Ausspruch registrieren und Herrn P i t t e r m a n n zu gegebener Zeit daran erinnern.

Übrigens gab der nächste Redner, der große "Beutler der Volkspartei", M i g s c h, den Betriebsräten gleichzeitig folgendes auf den Weg: "Aufwärts kann es nur gehen, wenn die einzelnen Klassen und Schichten ihre Sonderinteressen zurückstellen und gemeinsam ans Werk gehen." Er findet sich damit auf einer Linie mit der OVP, die den "Solidarismus" als neues Schlagwort auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Kommentär überflüssig !

oooooooooooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooooooooooo
oooooooooooooooooooooooooooo